

Tochter, schau, wie viel Rente!

Die Nachricht: Im Rahmen der Reform der Altersvorsorge schlägt der Bundesrat verschiedene Massnahmen vor. Unter anderem will er in der zweiten Säule den Mindestumwandlungssatz, mit dem das obligatorische Alterskapital in eine Rente umgerechnet wird, von 6,8 auf 6,0 Prozent pro Jahr kürzen.

Der Kommentar: Herr Schweizer geht morgen in Pension. Er hat viel gespart: Das Vorsorgekapital bei seiner Pensionskasse beträgt 1 Million Franken. Die Pensionskasse verspricht, das Kapital in eine Rente von 60 000 Franken pro Jahr umzuwandeln. Die Rente sei sicher, sagt ihm die Pensionskasse. Sie werde bezahlt, solange er lebe; im Durchschnitt 22 Jahre lang. Von der 1 Million Franken würden 170 000 Franken für seine Frau zur Seite gelegt, die ihn ja vermutlich überleben werde, meint die Pensionskasse. (Die 60 000 Franken pro Jahr ergeben sich aus 6,8 Prozent pro Jahr auf den obligatorischen Ersparnissen von 275 000 Franken plus 5,7 Prozent pro Jahr auf dem Überobligatorium von 725 000 Franken.)

Herr Schweizer zeigt die Zahlen seiner Tochter. Sie rechnet ihm vor: 22 Jahre mal 60 000 Franken pro Jahr macht 1 320 000 Franken. Das sind 490 000 Franken mehr als die 830 000 Franken, die für seine Rente zur Verfügung stehen. Sie berechnet, dass es einen sicheren Nettozins von mehr als 4,5 Prozent pro Jahr braucht, um aus 830 000 Franken 22 Jahre lang eine sichere Jahresrente von 60 000 Franken zu finanzieren. «Glaubst du, deine Pensionskasse könne einen sicheren Ertrag von 4,5 Prozent pro Jahr nach Kosten erwirtschaften, wenn der Zins auf Bundesobligationen nur wenig mehr als 0 Prozent pro Jahr beträgt?» – «Sicher nicht», meint der Vater. «Das kann man ja heute nicht einmal erwarten, wenn man alles in Aktien anlegt.»

Seine Tochter rechnet weiter und stellt fest, dass man mit dem heutigen Nettozins von maximal 0,5 Prozent pro Jahr eine sichere Rente von 40 000 Franken pro Jahr erarbeiten kann. Der Umwandlungssatz müsste also 4,0 und nicht 6,0 Prozent pro Jahr betragen. Der Vater wundert sich und fragt ungläubig: «Bezahlt mir meine Pensionskasse eine Rente, die 50 Prozent höher ist als jene, die sie mit meinem Geld erarbeiten kann?» – «Ja, genau so ist es», antwortet seine Tochter. «Woher kommt denn dieses Geld?», will Herr Schweizer wissen. Seine Tochter antwortet: «Ja, woher wohl? Natürlich von den Ersparnissen der jungen Erwerbstätigen.» Der Vater kann kaum glauben, was sie sagt: «Und warum können die Pensionskassen denn behaupten, dass es ihnen gut geht?» Die Tochter stört sich noch mehr

darin, dass behauptet wird, dass sich die Situation in den letzten Jahren verbessert habe, wo es doch vielen Pensionskassen wegen der fallenden Zinsen schlechter ging. Der Vater entgegnet: «Ja natürlich, weil die Obligationenpreise gestiegen sind.» – «Ja, schon», meint die Tochter. «Aber die Werte aller zukünftigen Renten sind aus dem gleichen Grund ebenfalls gestiegen.» – «Warum können die Pensionskassen in dieser Situation denn einen steigenden Deckungsgrad ausweisen?», will der Vater wissen. «Und warum schreien die verantwortlichen Pensionskassenexperten, die von Amtes wegen über die Zahlungsfähigkeit der Pensionskassen wachen sollten, nicht schon lange Zetermordio?» Seine Tochter kennt die Antwort auch nicht.

Etwas entnervt meint der Vater, dass der Bundesrat die 2. Säule nun aber besser finanzieren wolle: «Studiere doch die Botschaft des Bundesrates zur Reform der Altersvorsorge 2020, die er dem Parlament übergeben hat.» Die Tochter liest dort, dass der Mindestumwandlungssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge an die Entwicklung der Lebenserwartung und der Kapitalrenditen angepasst werden soll. Der Satz soll innerhalb von vier Jahren von heute 6,8 Prozent auf 6,0 Prozent pro Jahr gesenkt werden. Sie traut ihren Augen nicht und ruft: «Das muss ein Druckfehler sein! Warum soll ein Umwandlungssatz von 6,0 Prozent pro Jahr in der Zukunft angemessen sein, wenn er schon heute viel zu hoch ist?» Sie studiert weiter. Nach ein paar Tagen sagt sie ihrem Vater: «Du, ich bin überrascht, wie intransparent und unvollständig die Botschaft ist. Es wird nicht diskutiert, dass die Renten vor allem im obligatorischen Bereich auch nach der Reform viel zu hoch sein werden. Ich habe keine Mechanismen gefunden, wie die Renten an die weiter steigende Lebenserwartung angepasst werden sollen. Und ich habe keinen Vorschlag gelesen, wie der Ausgleich zwischen den Altersgruppen vorgenommen werden soll, wenn Zinsen und Inflation wieder steigen sollten.» Ironisch fragt sie: «Meint der Bundesrat wirklich, dass die jungen Erwerbstätigen eure überhöhten Renten einfach weiterhin über Sanierungen und letztlich über Sondersteuern und eine Reduktion der eigenen Renten finanzieren werden?»



* Martin Janssen ist Unternehmer (Ecofin-Gruppe) und emeritierter Professor für Finanzmarktökonomie an der Universität Zürich.